

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



6 Frankfurt 1
Homburger Str. 36
Tel (0611) 77 46 96

SONDERNUMMER ZU DEN FRANKFURTER EREIGNISSEN 27.2.74

FRANKFURTER HÄUSERKAMPF

diese nummer wird herausgegeben vom id zusammen mit dem frankfurter häuserrat. sie geht über den bisherigen rahmen unserer nachrichtenverbreitung hinaus. wir wollen versuchen, eine erste vorläufige einschätzung der auseinandersetzungen in frankfurt wegen der räumung der häuser bockenheimer lstr. 111/13 und schumannstr. 69/71 zu geben.
hierzu wird nochmals kurz die geschichte dieses konfliktes dargestellt. wir haben uns zu dieser form des id entschlossen, weil aus vielen städten anfragen kamen, ein interesse betreffs information und unterstützung der frankfurter genossen besteht. dieses material soll den gruppen zur vor bereitung von informationsveranstaltungen dienen, gleichzeitig aber auch zur solidarität mit dem von der ausweisung im zusammenhang mit den auseinandersetzungen festgenommenen türkischen genossen EDIL TOKMAR aufrufen.

verantwortlich
jochen schäfer
6 frankfurt
hamburger allee 47

solidaritätsadressen für die obdachlosen genossen:
esg, dietrich-bonhoeffer-haus, 6 frankfurt, lessingstr. 2

für edil tokmar:
asta der frankfurter universität, 6 frankfurt, jügelstr.

demnächst:
häuserrats- info(stadtzeitung in frankfurt)
wir wollen alles(detallierte analysen)
zu beziehen: j. fischer, 6 frankfurt, bornheimer lstr. 64

ACHTUNG! AN ALLE ID -ABONNENTEN!
diese extranummer des id soll nicht auf das id-konto bezahlt werden. bitte zahlt den betrag für diese ausgabe auf das HÄUSERRATSKONTO:

postscheckkonto ffm. nr. 3512 94 - 606
sonderkonto winfried hammann

---

der mindest SOLIDARITÄTSPREIS ist eine mark kann aber wesentlich

höher sein

INHALTSVERZEICHNIS

KARNEVALSLIED 1974

halsabschneiderlied

mir kaafe uns e wohnhaus, e haus in frankfort - maa
un suckele dann die mieter aus -
es sin genuch davon da,
un wolle me dann mehr profitiern
dann schmeiße mer se raus -
de magistrat dut schon pariern -
un baut e bürohaus.

nach der melodie: wir kaufen uns ein
häusche n

selbst[illegible] Aufkleber an [illegible] Zeitungsstand am Opernplatz

Zur Geschichte des Konflikts

Okt. 71 - Besetzung des Hauses Bockenheimer Landstr. 111 als Antwort auf die brutale Räumung des Grüneburgweg 113.

Juni 72 - Auflösung der alten Mietverträge aller legalen Mieter der Häuser Schumannstr.69/71, Bockenheimer Landstr.111(2. Stock)und 113, neue Nutzungsvefträge mit diesen Mietern sowie mit den Besetzern in der Bockenheimer Landstr. 111 (parterre und 1.Stock) durch die städtische Wohnheim GmbH, eine Gesellschaft, die zwischen Spekulanten und Besetzern die Übergangszeiten bis zum beabsichtigten Termin des Abriß vertraglich regeln sollte.

Ende März-73 - Auslaufen der Verträge
von uns Verlängerungsgesuch (Gericht: angeblich eine 1/2 Std. zu spät eingereicht)
- Räumungsklage der Wohnheim GmbH
- Schreiben des Sozialamtes: Verweis auf Nicht-Zuständigkeit des Wohnungsamtes-wir sollen uns an das Studentenwerk wenden. Antwort des Studentenwerkes: Mehrere tausend Studenten suchen Wohnungen, der Verweis auf das Studentenwerk sei nur eine Verschiebung des Problems, hinzu kommt, daß fast 2o% von den Bewohnern keine Studenten sind.
- Räumungsprozeß verloren: "Verlängerung des Mietverhältnisses um 1 Tag zu spät beantragt; keine sozialen Härtefälle"
- Go-in beim Sozialamt: Forderungvon uns auf Flugblättern dargelgt

Okt.73 - Auslaufen der Räumungsfrist (3.ooo Genossen sind nachts in der Uni, um die Räumung zu verhindern)
- SPD will verhandlen, schickt ihren Salonlinken Berkemeyer

Nov.73 - Verhandlungen mit SPD, wir präzisieren unsere Forderungen:
Ersatzwohnraum für die ausländ. Arbeiterfamilien, die unter unzumutbaren Wohnverhältnissen in Mietstreikhäusern leben (wird auf diesem Termin von den bestimmten Familien vorgetragen) und Ersatzwohnraum für die 8o Bewohner des Häuserblocks, die in Wohngemeinschaften bleiben wollen, Ersatzräume für den Kinderladen und das Mieterzentrum.

Dez.73 - SPD bricht Verhandlungen ab- verweist auf die Ämter (die uns jedoch schon vorher ihre Nicht-Zuständigkeit schriftlich bescheinigt haben); Härtefälle sollen sich beim Wohnungsamt melden.
"Härtefälle", so die SPD in der FR, seien eine Familie mit 5 Kindern, wo der eine Elternteil krank sei-- in dem Sinne der SPD war als keiner von uns ein "Härtefall".
- Die Blockbewohner machen eine Demonstration zum Wohnungsamt "Wir sind alle Härtefälle" und tragen dort vor dem mit Bullen besetzten Amt ihre Forderungen erneut öffentlich vor.

Die Stadt kann den Abriß der Häuser verhindern: Bubis kann nicht alle in der Vorgenehmigung gemachten Auflagen erfüllen: er kann die Schumannstr. 64 nicht aufkaufen; die SPD macht jedoch davon keinen Gebrauch, sie fühlt sich 'Bubis moralisch verpflichtet'. Gegen den geplanten Hochhausneubau legen 2 Nachbarn Widerspruch ein, der Nachbar Bock fällt um, Bubis "schenkt" ihm für das zurückziehen seines vetos gegen den Büroturm das Haus in der Schumannstr. 62.
Zwischen Weihnachten und Neujahr rechnen die Bewohner erneut mit der Räumung nach entsprechenden Erklärungen von SPD-Politikern - darauf erneute Massenversammlungen.

11.Jan.74 - Veranstaltung im Volksbildungsheim: "Wir alle gegen SPD, Banken u.Unternehmer"- Blockbewohner, Häuserrat, Kita-Mitarbeiter, LAW, Jugendhausinitiativen, Stadtteilgruppen, Kollegen von Ford und Lipstadt u.a.

Jan./Febr. - ständiger Räumungsterror- nachts fahren große Polizeifahrzeuge vor den Häusern auf: Stabscheinwerfer werden in die Fenster geblendet, Drohungen gegen die Bewohner, Zivilstreifen nehmen laufend Bewohner zur Personenkontr o lle fest, nächtliche fingierte Anrufe . Die Bewohner zusammen mit dem Anwaltskollektiv Golzem, Plottnitz

stellen auf einer Pressekonferenz Strafanzeige gegen die Bullen. Polizeiminister Bielefeld weiß angeblich von nichts (Nachträglich wird dieser faschistische Terror stolz als Polizeitaktik ausgegeben- auf die Strafanzeige haben wir bis heute nichts gehört)

Febr.74 - die Stadt Frankfurt gibt eine "Kommunale Stadtzeitung" heraus- eine Volksverhetzung im übelsten Sinne- bereitet die Auseinandersetzung auf der Ebne übelster faschistischer Hetzpropaganda vor.
Die Zeitung wird jedoch obwohl sehr kostspielig und aufwendig hergestellt nicht sehr groß verbreitet, anscheinend ist da doch manch biederer Sozialdemokrat über die Fähigkeiten seiner Führung erschrokken.

5.Febr.74 - der AStA der Frankfurter Uni schaltet sich in den Konflikt ein, er will Öffentlichkeit über unsere Forderungen herstellen; er stellt eine Verbindung zu Polizeiminister Bielefeld her, der sich im Dez.73 für eine "soziale Lösung" des Konflikts ausgesprochen hatte.

13. Febr.74 - Der AStA übermittelt dem Minister im Auftrag der Blockbewohner per Fernschreiber die Forderung der Bewohner. In einem Telefongespräch erklärt der Referent des Ministers, er nimmt unsere Forderungen zur Kenntnis, bei ersten Vorschlägen würden sie den AStA wieder zurückrufen. (dieses Gespräch ist auf dem Tonband mitgezeichnet).

21.Febr.74 - Bielefeld, Arndt und Müller schicken ihre Knüppelgarden zum Räumen-- ihr erster konkreter Vorschlag zur Lösung unseres Wohnungsproblems.

ERKLÄRUNG DES FRANKFURTER HÄUSERRATS

" WER SIND HIER DIE GEWALTTÄTER, DIE KRIMINELLEN?

in einer nacht und nebel aktion, vorbereitet durch wochenlangen nächtlichen physischen und psysischen terror wurden die bewohner der ecke bockenheimerlandstr./schumannstr. aus ihren häusern vertrieben, eine militärische polizeiaktion, vorbereitet durch sonderkommandos, unter teilnahme von mindestens 1 5oo bullen, die für einen tag lang eine ganzes stadtviertel hermetisch abriegelten.

die räumungsaktion war normal abgelaufen, so die frankfurter presseberichterstattung. normal, das heißt heute schon: alle bewohner wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt; der großteil der möbel wurde gar nicht erst rausgeräumt, das wurde durch den bagger erledigt; die bewohner werden nach dem sie aus dem knast freigelassen wurden auf die straße gesetzt, ohne auch nur eine wohnungsperspektive zu haben.

(die gewalt der banken, bubis & co. ist in frankfurt auch normal: am sonntag legten sie schon wieder einen brand im dachgeschoß der westendstraße, einem türkenhaus. die letzten türkischen mieter im parterre sollten durch diesen brand rausaniert werden.)

die bewohner der geräumten häuser haben ihre forderungen öffentlich dargelegt, sie wollten nicht den putz - sie, genauso wie die emigranten wollten wohnungen. mit zynismus und gewalt ging man über ihre forderungen hinweg. für uns blieb die einzige alternative: die straße.

wenn es am samstag an der ecke bockenheimer landstraße/schumannstraße zu den straßenkämpfen gekommen ist, sagen wir: wir sind allerdings nicht bereit, durch ein friedliches vorbeidemonstrieren den abriss unserer häuser und den neubau eines profitträchtigeren büropalastes zu unterstützen. nicht wir haben die gewaltsame auseinandersetzungen bekonnen, uns wurde die straße als letzte bleibe aufgezwungen.

mit einer in der politischen geschichte in frankfurt einmaligen repression und volksverhetzung sollte von den inhalten der auseinandersetzungen abgelenkt und eine legitimation geschaffen werden für die these von den kriminellen und politrockern. (im studentenhaus waren rollkommandos mit bajonetten stationiert - bambusstangen mit metall gefüllt und

eine spitze vorne drauf, so polizeipräsident müller) hetze auch deswegen, um von der bisher in frankfurt ungewohnten brutalität abzulenken. 192 festnahmen - in frankfurts straßen herrschte offener polizeiterror - jeder mit längern haaren, lederjacke, parka o.ä. ging am besten an diesen tagen nicht auf die straße. taxifahrer wurden von der polizei angewiesen gruppen von über 5 personen sofort über funk der polizei zu melden.

frankfurts bevölkerung sollte uns hassen, so mußten meldungen her: " demonstranten wollen karnevalszug überfallen", "36 rocker beim karnevalszug festgenommen", "drahtseil von demonstranten nachts über hauptverkehrsstraße gespannt". wurden meldungen nicht erfunden, so versuchte man alles was sich so in frankfurt täglich ereignet in zusammenhang mit dem häuserkampf zu bringen.

was die städtische "kommunale zeitung" mit ihren hetzartikeln nicht erreichte sie war einfach zu dumm gemacht, wurde jetzt noch einmal neu, diesmal in konzertierten aktion von spd und cdu im zusammengehen mit der presse versucht:

in frankfurt sollte nicht über die räumung und den abriss der häuser, die obdachlosigkeit der bewohner und ihre forderungen nach ersatzwohnraum diskutiert werden.

heute erklärte polizeiminister bielefeld weitere 5 mill. dm sollen für die aufrüstung der polizei ausgegeben werden - ein zynismus - damit hätte man einen ganzen neuen wohnblock für die bewohner der abgerissenen häuser, sowie für die ausländischen familien, die unter unzumutbaren lebensbedingungen in mietstreikhäusern wohnen aufkaufen können; damit hätte man aber auch den abriss der häuser formal juristisch verhindern können, die schadensersatzforderung von bubis wegen der vorgenehmigung zum bauen und die nichtbewilligung hätte sich auf 2,5 mill. dm belaufen.

daß denn nicht so ist, liegt in der logik der spd politik begründet: alles für die sicherung des profits. so kann bubis nicht nur sein bürohochhaus bauen, sondern er weiß, das nächste mal ist die polizei noch besser zu seiner unterstützung gerüstet.

die obdachlosen bewohner haben jedoch bisher von der spd keine unterstützung erhalten, verhandlungen wurden nur zum schein geführt, um öffentlich die gutwilligkeit der spd zu demonstrieren. jetzt nach der räumung sollen die ehemaligen bewohner doch sehen wie sie klar kommen, der konflikt scheint für die spd gelöst.

wir werden den herren dieser partei jedoch nicht den gefallen tun und einzeln bei freunden untertauchen und denen ihren sowieso schon engen wohnraum wegnehmen. wir werden weiterhin gemeinsam öffentlich unsere forderung darstellen. deshalb haben wir räume im frankfurter bonhoeffer-haus (ev.studentenheim) besetzt, die ev. landeskirchenleitung hat sich solidarisch mit unserer forderung nach ersatzwohnraum erklärt.

spenden: geld, klamotten, möbel, lebensmittel ans dietrich-bonhoeffer-haus.

STELLUNGNAHME DES ASTA

vorbereitung der räumung der besetzten häuser bockenheimer/schumannstr.war unter anderem der versuch, bewohner und den häuserrat als kriminelle vereinigung bzw.als kriminelle abzustempeln, um davon abzulenken, worum es ging:nämlich darum, daß spd,stadt und staat nicht in der lage und auch nicht willens waren, wirksame maßnahmen gegen mietwucher, spekulantentum und zweckentfremdung von wohnraum durchzusetzen.

im gegenteil, die spd ermunterte die spekulanten sogar noch und die banken der öffentlichen hand (hessische landesbank) finanzierte sie.

den eh schon spärlich und schlecht vorbereiteten versuchen, das sozialbindungspapier anzuwenden, wurde zudem noch gerichtlich ein riegel vorgeschoben.

so befand sich die spd in einer zwickmühle, nämlich auf der einen seite spekulanten interessen durchzusetzen zu müßen, und der bevölkerung einzureden, das seien ihre interessen.

dabei störten häuserrat und asta, dabei stört eine bewegung in dieser stadt, die nach tausenden zählt.

so waren es denn auch nicht radikale, anarchistische oder maoistische einzeltäter sondern tausende, die sich im angesicht der zerstörten häuser nach der demonstration am samstag dem polizeiterror und der staatsgewalt widersetzten.

Als anstalt öffentlichen rechts soll jetzt dem asta der maulkorb umgehängt werden. seine kastration steht bevor.

kantzenbach hat auf veranlassung der hessischen landesregierung bereits die sperrung der astakonten verfügt, osswald erkennt den studenten das demonstrationsrecht ab und wehrt sich gegen den "mißbrauch" von studentenwohnheimen.

nicht wir sind also die verfassungsfeinde, sondern der staat, die machthaber dieses systems.

ZUR ROLLE DES ASTA

der asta versucht vor der räumung eine vermittlerfunktion zwischen den bewohnern des blocks/ häuserrat und dem hessischen innenminister bielefeldxzu übernehmen. ziel dieser initiative, das kann man kritisieren, des asta sollte es sein, nochmals die frage zu klären inwieweit stadt- und landesregierung bereit waren, konflikte dieser art gewaltlos auszutragen.

bielefeld wurde der forderungskatalog des blockkollektivs übersandt(gleichwertiger ersatzwohnraum für die blockbewohner und die arbeitsemigranten in den mietstreikhäusern).

er sicherte zu, während der verhandlungen nicht zu räumen. bielefeld brach die verhandlungen mit fadenscheinigen vorwänden ab, ohne dies asta oder häuserrat mitzuteilen. ein solches verhalten hat in FRankfurt tradition.

in den verhandlungen zwischen berkemeier - vorsitzender des bauausschusses - und dem häuserrat, die bereits im november stattgefunden hatten, wurde von seiten der spd auf die forderung nach ersatzwohnraum nie ernsthaft eingegangen. die kettenhofwegerfahrungen gingen in die gleiche richtung. während berkemeier noch nach einem friedlichem ausweg suchte, wurde er von der räumung des kettenhofwegs überrascht.

RÄUMUNG

der alarmplan sollte frankfurt wecken, sollte die räumung möglichst öffentlich machen, sollte den block politisch verteidigen. mit einem bisher nicht bekannten organisationsgrad gelang der polizei eine fast "friedliche" räumung , die durch wochenlangen nächtlichen terror gegenüber den hausbewohnern vorbereitet worden war.

in seiner räumungseuphorie verbietet müller jeden protest gegen diese wohnraumzerstörung.

fazit: 80 verhaftete

das tribunal am freitag auf der hauptwache lief von der polizei ungestört vor 500 teilnehmern ab.

DEMONSTRATION AM SAMSTAG

die demonstration am samstag wäre mit und ohne asta und ob verboten oder nicht durchgeführt worden. die demo wäre ohne asta wahrscheinlich militanter verlaufen.

die änderung des weges wurde von der polizei nachträglich legalisiert. die demonstranten wurden

wurden vom asta aufgefordert, das steinewerfen zu unterlassen, dasselbe haben die ordner getan. außerdem wurde nach den ersten steinen das zugtempo beschleunigt. der beginn der auseinandersetzungen an der bockenheimerlstr. 111 kann wohl nie mehr ganz geklärt werden. auf jeden fall flogen erst dann massenhaft steine, als der wasserwerfer aus der Schumannstr. die demonstranten angriff, nach dem der asta die demonstration aufgelöst hatte.

dazu die zeugenaussage von ulrich becker; er hatte gehört, wie ein gruppenführer der polizei in der schumannstr. zur wasserwerfermannschaft sagte: Warum hast du das gemacht - jetzt haben wir die scheiße.

danach: der totale polizeieinsatz über mehrere tage hinweg

der himmel war die grenze

- wahllose verhaftungen
- polizeieinsatz mit massenaufgebor im studentenhaus
- kein demonstrationsrecht mehr
- kein wort mehr über die ursache der auseinandersetzung
- polizei, presse drehen voll durch
- prügeleien und folterungen im polizeipräsidium
- verhaftung der 36 rocker, die ihr faschingstreffen in frankfurt hatten
- krawinkel wird vorgeworfen, er habe nichts unternommen. als sich herausstellt, daß er die demonstration aufgelöst hatte, wird ihm vorgeworfen, daß dies eine besondere perfide darstelle und als aufforderung zur straßenschlacht gewertet werde
- fazit: etwa 200 verletzte demonstranten, 192 verhaftungen, 30 "schwer"verletzte bullen, von denen 26 nach eintägigem krankenhausaufenthalt entlassen werden.
  mindestens ein polizist wird vom dienst suspendiert, weil er sich mit den hausbesetzern solidarisiert hatte.

PP MÜLLERS TAKTIK

in den pressekonferenzen von pp müller wurden lügen und halbwahrheiten verbreitet, die von der gesamten presse begierig aufgegriffen wurden. müller nimmt z.b. irgeneinen stein, sagt mit steinen wie dieser sind diedleute beworfen worden. dazu nimmt er einen backstein, der im studentenheim als sofastütze gedient hatte. er findet kanister in der druckerei, sagt nitro, benzin und spiritus, verschweigt, daß die kanister und gummituchreiniger enthalten, deren bestandteile nitro, benzin und spiritus sind und die zu jeder standardausrüstung jeder druckerei gehören. in der druckerei stehen über 20 kanister davon. müller beschlagnahmt nur einen und sagt: aha, mollies, da werden zündblättchenrevolver und küchenmesser zu gefährlichen waffen, defekte kugellager werden zu stahlkugeln aufgeblasen und besenstiele zu schlagstöcken.

ZUSAMMENFASSUNG

1. der asta hat immer wieder versucht zu vermitteln und aufgefordert ausschreitungen zu unterlassen.
   der asta kann die steinewerfer verstehen, sie aber keinesfalls billigen.
   die diskussion über steine lenkt denn auch von den zugrundeliegenden konflikten ab.
2. der asta hat sich um die belange seiner mitglieder zu kümmern, insbesondere um das wohnungsproblem.
   das stud. wohnungsproblem kann jedoch nicht losgelöst von den zugrundeliegenden politischen konflikten bekämpft werden, d.h. also nicht isoliert von den wohnproblemen, bzw. von den reproduktionsproblemen der gesamtbevölkerung.
   dieses problem wird der asta auch weiterhin angehen.
3. es hat keinen sinn den asta dicht zu machen, da die probleme, die allen auseinandersetzungen zugrundeliegen, nicht gelöst wären. d.h. der wohnungskampf geht weiter mit und ohne asta.

BERICHT DER ROTEN HILFE , ORTSGRUPPE FFM , ÜBER DIE DEMONSTRATION VOM 23.2.1974

von der RH waren ein VW-bus mit mehreren sanitätern und ein pkw mit sanitäter und einem arzt im einsatz. außerdem war in der nähe der hauptwache und in der universität jeweils ein fester sanitätsplatz eingerichtet. daneben waren zweier-trupps zu fuß unterwegs. in vielen fällen wurde von verletzten und zeugen adressen gesammelt, die aber von einem genossen nach seiner verhaftung vernichtet werden mußten.

im studentenhaus der uni (das etwa 200 m von den ehemals besetzten und jetzt zerstörten häusern entfernt liegt) wurden behandelt : ein beinbruch und eine schwere kopfverletzung , die beide von der ASB inskrankenhaus gebracht wurden. daneben drei bis vier köpfverletzungen , außerdem in zahlreichen fällen tränengasverletzte, auch viele kinder und passanten.

etwa um 13.20 uhr wurde auch ein polizist behandelt: ein genosse befand sich an der ecke bockenheimer / siesmeyerstr., als etwa 200 polizisten kamen. er sprang hinter eine hecke. etwa 5 minuten später lag ein einzelner polizist auf der straße, dessen unterkiefer ausgerenkt war und bis auf den knochen verletzt war. diesem hat er mit einem verband erste hilfe geleistet. diesen haben dann feuerwehrleute, die sich bei ihm bedankt hatten, mit dem auto weggebracht. kurz darauf wurde der genosse von einem gelben ford transit verfolgt, von daraus herausspringenden zivilen eingekreist und mit knüppeln geschlagen, obwohl er klar als sanitäter gekennzeichnet war. er wurde in einem 16ooer VW gebracht und weggefahren. zwei straßen weiter aber rausgelassen mit der auflage, sich bis zum darauffolgenden tag beim polizeipräsidium zu melden. der genosse hat sich am folgenden tag dort gemeldet und kam zu dem sachbearbeiter namens eppstein, der ihm am tag zuvor geschlagen hatte. dieser entschuldigte sich daraufhin mehrmals, erklärte aber : "du bist eben mißbraucht worden ; hast gute hilfe leisten wollen, wurdest aber ausgenutzt." er droht ihm aber : "wenn du noch einmal das rotkreuz-symbol benutzt, wirst du angezeigt". in der vorhalle des präsidiums waren drei polizisten mit panzerwesten und mp 's, die ihn nach waffen durchsuchten.

die genossen, die seit etwa 13 uhr die stelle im studentenhaus betreut hatten, gingen um 15 uhr, weil dann dort die uni von polizisten abgeriegelt war, sie nichts mehr zu tun hatten.

weitere behandlung eines polizisten : an der siesmeyer/mendelssohnstr. machte ein trupp einen einsatz. einer der polizisten stolperte am bordstein und fiel mit dem gesicht (visier war oben) auf einen begrenzungspfahl (vor fahrschule pohl). sanitäter behandelten ihn und gab ihm kopfverband. zwei weitere polizisten kamen, wollten den genossen erst von hinten prügeln, haben auch einmal geschlagen, wurden dann aber abgehalten, weil sie situation erkannten, und nahmen verletzten polizisten mit. vorher hatte der genosse mehrere leute dort mit platzwunden und tränengasverletzungen behandelt.

bericht vom VW-bus : bus war mit rotkreuz und aufschrift rote hilfe gekennzeichnet. die genossen beobachteten zunächst die vorgänge am selmi-haus um 13 uhr. dort waren schon steine geflogen. ein fotoreporter wurde stark verprügelt. auch ein reporter der frankfurter rundschau, der nur fragte, warum sie so brutal vorgehen, wurde vermöbelt.

nachdem genossen aus diesem bus bei den nachfolgenden auseinandersetzungen vor den besetzten häusern dort erste hilfe geleistet hatten, fuhren sie zur gräfstr. (neben der uni) und behandelten dort armverletzung, knieverletzung, tränengasverletzung etc. es kamen etwa 10 minuten später vier mannschaftswagen und durchsuchten den bus und kontollierten die ausweise. giggen aber wieder weg.

zuvor hatte es schon gegenüber der aral-tankstelle an der mendelssohnstr. (13.15 uhr) einen tränengasangriff gegen den bus gegeben. der fahrer des busses, in dem gerade mehrere verletzte behandelt wurden, hatte vom fahrer eines mannschaftswagens ein zeichen bemerkt und daraufhin das fenster heruntergekurbelt. daraufhin og der beifahrer dieses wagens eine tränengaspistole heraus und sprühte damit in den bus, wodurch die sanitäter und verletzten eine ganze ladung abbekamen. der fahrer-genosse drehte sofort das fenster wieder hoch.

der bus wurde dann auch am beethovenplatz mit einem starken sfrahl aus dem wasserwerfer aus nächster nähe bespritzt mit der absicht, damit die scheiben kaputtzumachen, was aber nicht gelang.der letzte angriff auf den bus geschah gegen 15 uhr an dem eschenheimer turm vor demselmibank : ein trupp von zivilen hielten den wagen an und verlangten die ausweise. sie rissen die mit klebeband gefertigten rotkreuz-symbole ab und erklärten, sie seien nicht vom roten kreuz. auf die entgegnung, sie seien von der roten hilfe erklärten sie : "eine rote hilfe gibt es nicht". dann öffneten sie den motorraum und fummelten dort herum. nachher sprang der wagen nicht an, die genossen stellten fest, daß kabel herausgerissen waren und eine sicherung fehlte. durch anschieben konnten sie den wagen wieder in gang setzen. das auto mit den zivilen beobachtete dies alles. später mußten

die genossen feststellen, daß das auto auch nicht mehr mit anschieben in gang zu setzen ist. es ist z. zt. kaputt.

bericht vom bmw-wagen, bzw. der stelle an der hauptwache : diese hatte zunächst wenig zu tun. sie erhielten anruf, daß an der uni viel zu tun ist und fuhren um 13.30 uhr von dort weg. sie hatten aber ein verletztes kind dabei, wurden aber von wasserwerfern gehindert, rauszufahren. als sie einem polizisten sagten, sie hätten ein krankes kind dabei, schlug er mit dem knüppel ins auto. es gelang ihnen. durch eine lücke herauszufahren. sie fuhren dann zum asta, merkten aber, daß dort schon eine station ist (s.o.) und beschlossen, eine weitere in einer in der nähe gelegenen buchhandlung aufzuschlagen. sie konnten feststellen, daß die polizei lediglich im uni-bereich blieb, auch mit den wasserwerfern, und sich nicht traute, in die stadt nach bockenheim vorzugehen. dort haben sie drei verletzte behandelt. (stelle war wenig bekannt). eine mit einer platzwunde ; einer sollte verhaftet werden, wurde geschlagen und ihm der ausweis abgenommen, dann aber frei gelassen, auch er wurde behandelt; schließlich wollte ein genosse die polizisten fragen, warum sie diesen festnehmen wollten, dieser wurde daraufhin mit seilen abgedrängt und verprügelt, auch er wurde behandelt.

um 15 uhr hörten sie in der buchhandlung, daß sich die demonstranten am hessenplatz versammelten, sie fuhren hin, es waren auch etwa 1000 da, aber es kam die parole "zum römer". sie fuhren dann erst ins RH-büro und dann zum römer, wo es aber keine arbeit mehr gab, da dieser bereich schon frühzeitig völlig abgeriegelt war.

andere genossen, die von einer anderen seite zum römer kamen, merkten, daß dort nichts ist, und gingen in ein lokal, dort hörten sie aber pfiffe und beschimpfungen und sahen blaulicht. als sie rauskamen, war alles schon gelaufen. außerdem hatten sie auf dem weg gesehen, daß in der neuen kräme ein wasserwerfereinsatz war, da es dort noch naß war und das tränengas in der straße stand.

um 17 uhr waren wieder genossen in den campus gekommen. dort sahen sie vom studentenhaus oben den polizeieinsatz mit etwa 1.000 mann. diese warfen tränengasgranaten, umstellten das studentenhaus, verprügelten dort genossen und nehmen sie fest. ("es sah von oben aus wie eine championzucht. all diese weißen helme"). die genossen haben dann die verletzten (tränengas) versorgt, auch viele kinder. außerdem den fotografen offermann, der nach der behandlung gleich mutig weiter knipste.

die genossen berichteten, daß sie noch von drei verschiedenen seiten bilder erhalten und der RH zuleiten werden.

einschätzung und kritik unserer arbeit während dieser demonstration :die genossen hatten vorher kritisiert, die vorbereitung sei zu aufwendig, es würde zu viel tam-tam gemacht. diese intensive vorbereitung war richtig gewesen. sehr gut war auch, daß die passanten sofort behandelt wurden und dabei die funktion und bedeutung der RH kennenlernten.

die mobilen sanitätstrupps waren sehr günstig, sollten verstärkt werden. es wäre aber besser, daß sie statt plastiktüten feste, wasserdichte taschen haben, die auch mit einer großen aufschrift versehen werden können. dazu werden die genossen bei der nächsten sitzung konkrete vorschläge machen.

diese trupps sollten aus jeweils 2 mann bestehen, die immer zusammenbleiben. außerdem sollten die genossen und fahrzeuge einen gut sichtbaren einheitlichen kleber haben, der die funktion dieser leute und fahrzeuge klar aufzeigt.

dazu werden in der nächsten sitzung konkrete vorschläge gemacht. es soll juristisch geprüft werden, inwieweit das rotkreuz-zeichen gesetzlich geschützt ist und inwieweit es verwendet werden kann.

- wir müssen unsere rechte als e.v. offensiv in der öffentlichkeit durchsetzen. dabei z.b. auch das recht, als RH durch polizeiketten zu kommen.

- es ist nicht sinnvoll, sich auf andere stellen wie asta etc. als informationszentrale zu verlassen. das RH-büro soll zu einer informationszentrale werden. dieses büro wird bei allen aktionen mit ungewissem ausgang mit 2 bis 3 leuten besetzt sein. dort sollen sich alle leute treffen, alle berichte und infos abliefern und den dort sitzenden genossen zu protokoll geben. auch andere genossen und organisationen sollen erfahren, daß dort bei unklarheit und bei hilfe nachzufragen ist.

- bei verhaftungen sollte das büro ebenfalls besetzt sein, daß freigelassene sich dorthin wenden können.

- der vorschlag, sich sprechfunk zu besorgen, wurde als illusorisch verworfen, einerseits sind die dinger, wenn sie etwas taugen sollen, wahnsinnig teuer (ca. 6.000 dm), und wir bekommen sicher keine erlaubnis.

- trotz der zu erwartenden schwierigkeiten sollten wir langfristig daran denken, blaulicht etc. zu beantragen.

- (noch zur info-zentrale : wenn das telefon vorhanden ist, sollten die genossen, wenn möglich in abständen von 1/4 stunde jeweils im büro anrufen).

- zum bürodienst am wochenende: das büro war nur von 15 bis 17 uhr besetzt. es kamen viele genossen noch später am samstag und fanden das büro geschlossen. außerdem waren viele festgenommene aufgefordert worden, das büro aufzusuchen, das aber wiederum nur ab 16 uhr besetzt war, obwohl viele schon früh morgens entlassen worden waren. dies wurde von allen kritisiert.

während der berichte zur smastag-demo kam es zu einer diskussion zu unseerem verhalten zur polizei, vor allem zu verletzten polizisten. das problem wurde nur andiskutiert.

UND DIE 36 FESTGENOMMENEN " POLITROCKER":

die rockergruppe "bones" hat am samstag, den 23.2.74 wie jedes jahr fasching gefeiert, dazu waren auch kumpel aus anderen städten eingetroffen, sie wollten auch am sonntäglichen umzug teilnehmen. dazu hatten sie einen treff um 12 uhr ausgemacht. 36 von ihnen sind gemeinsam zum treff gefahren, haben ihre "öfen" abgestellt und wollten auf die anderen warten. nach ca. 1o minuten bogen 4-5 manschaftswagen um die ecke, die grünen sprangen raus, umstellten die gruppe und, "da kontest du mal sehen wie blutrünstig wir waren, wir haben nicht mal gegenwehr geleistet". sie wurden festgenommen und zur bereitschaft der grünen in der albos str. gebracht, es wurden ihnen die waffen abgenommen: 2gummiknüppel, 2 alte bajonette, 1 schlagring, 1 ne eisenkette, mehrere messingketten, ein klappmesser, mehrere taschenmesser, 2 schreckschußpistolen, mehrere zündplätzchenpistolen, die in dem polizeibericht aufgeführten "dum-dum geschoße" waren teils aus holz, teils andere attrappen, eine nebelkerze und ihr clubabzeichen "bones" ein kuhknochen.

bis auf die nebelkerze bekammen sie alles zurück!!!! für rocker war es auch keine außergewöhnliche ausstattung.

daß die gruppe als "terrorhaufen" in der öffentlichkeit hochgespielt werden sollte, ist auch daraus ersichtlich, daß ihnen kein haar gekrümmt wurde, im gegensatz zu anderen festgenommenen die "ganz schön zerschlagen aussahen", und ihnen von seiten der bullen gesagt wurde: "ihr sitzt nur hier wegen der studenten, die so einen terror machen"!!!

offiziell hieß es: verdacht auf landfriedensbruch, deshalb vorbeugehaft.

in der klapperfeldgasse wurden sie eingeknastet, dort lief dann noch folgendes ab: die zelle wird aufgeschlossen, davor stehen grüne und haben einen blutig geschlagenen typen bei sich, sie sagen: "wegen dieser typen sitzt ihr hier, sollen wir ihn reinschicken?" die "bones": "einer von uns ist drauf eungeflippt und wollt sich den kleinen vornehmen, wir haben ihm aber gesagt er würde wohl spinnen und den schweinen, daß sie uns nicht gegeneinander ausspielen können! der kam dann in die andere zelle."

um 17.3o uhr wurden sie zum präsidium gefahren, dort alle erkennungsdienstlich behandelt, auch die sieben frauen die dabei waren, verhör und gegen 23 uhr wurden sie entlassen.

"weil wir so blutrünstig sind"!

PRESSEERKLÄRUNG DES VORSTANDES DER STIFTUNG STUDENTENHAUS

der vorstand der stiftung studentenhaus legt wert auf die feststellung, daß der anspruch auf einhaltung der rechtsstaatlichen prinzipien unbestritten, aber auch unteilbar ist.

sowenig er mit dieser presseerklärung die gewalttätigkeiten im zusammenhang mit der demonstration am samstag, dem 23.2.1974, bagatellisieren oder gar rechtfertigen will, sowenig

kann er deshalb aber auch zu dem ablauf der polizeilichen durchsuchung und vorläufigen festnahme fast aller anwesenden personen schweigen.

nach übereinstimmenden aussagen herrschte spätestens gegen 15 uhr im gesamten universitätsgelände ruhe. gegen 18. uhr, also etwa 3 stunden später, war das studentenhaus von polizeibeamten umstellt und hermetisch abgeriegelt. zugleich begann die durchsuchung sämtlicher räume, auch des wohnheimteils, in dem sich 70 private einzelzimmer von studenten befinden. die verwaltungsräume des studentenwerks und des studentenhauses wurden ebenfalls durchsucht. von der durchsuchung der dienstwohnungen der stiftungsmitarbeiter wurde erst auf energischen protest unseres hausverwalters abgesehen.

ein durchsuchungsbefehl lag nicht vor, eine erklärung für die aktion wurde dem hausverwalter nicht gegeben, der einsatzleiter wurde ihm nicht genannt. seine versuche, die durchführung um einige minuten bis zum eintreffen des bereits benachrichtigten geschäftsführers aufzuschieben, wurden ignoriert. trotz seiner bitte, die postenketten zu informieren, daß der geschäftsführer als hausrechtsinhaber erwartet wird, wurde die nachricht nicht weitergegeben. der geschäftsführer benötigte denn auch ca. 1 stunde, um in das haus und zum einsatzleiter herrn panitz zu gelangen.

in dieser zeit war der größte teil der räume bereits durchsucht, die meisten personen vorläufig festgenommen.

als rechtsgrundlage wurde dem geschäftsführer "gefahr im verzuge" genannt, da demonstranten in das studentenhaus geflüchtet seien, bei denen man zwei entwendete dienstpistolen suche.

hier liegt nach meinung des vorstandes der zeitliche bruch, das nachweislich seit mindestens 3 stunden ruhe herrschte. von "gefahr im verzuge" konnte damnach nicht gesprochen werden. da innerhalb dieser zeit ein richterlicher durchsuchungsbefehl zu erlangen gewesen wäre.

obwohl sich der hausverwalter nach vergeblichem protest zur vermeidung größerer schäden zur öffnung der türen bereit erklärt hatte, entstand erheblicher sachschaden, insbesondere durch zertrümmern von scheiben und türen. wir rechnen mit kosten von mindestens dm 5.000,- . die verhältnismäßigkeit der mittel ist keineswegs gewahrt worden.

die grundsätzliche vorläufige festnahme insbesondere der bewohner des wohnheimteils muß als willkürliche maßnahme erscheinen, wenn man die ausnahmen von der festnahme (pförtner, geburtstag) betrachtet. als einziger heimbewohner wird bis zum jetzigen zeitpunkt der türke edil tokmar - mitglied des vorstandes der stiftung studentenhaus - noch in untersuchungshaft gehalten.

telefon-sprechverbindungen wurden von der polizei unterbrochen, die öffentliche sprechzelle wurde verschlossen, rechtsanwaltsschutz konnte nicht angefordert werden bzw. ein rechtsanwalt wurde nicht zu den festgenommenen vorgelassen.

diese zusammengefaßten feststellungen sind ergänzbar durch berichte des hausverwalters eines mitglieds des ältestensrats der studentenschaft und der vorläufig festgenommenen heimbewohner die fast alle erkennungsdienstlich behandelt wurden.

der vorstand stellt mit empörung fest, daß bei der dargestellten aktion der polizei im studentenhaus unter verletzung des hausrechts elementare rechte insbesondere auch der einzelnen studentischen heimbewohner mißachtet wurden.

ein rechtsstaat kann es sich leisten, auch auf rechtswidrige handlungen unter peinlichster beachtung seiner eigenen prinzipien zu reagieren !

der vorstand behält sich alle rechtlichen schritte vor.

der vorstand gez. helmut berndt, birgit kusche,
erich simon, prof. weyers

FESTNAHME VON EDIL TOKMAR

unter den zur zeit noch in untersuchungshaft befindlichen personen , die am samstag verhafteten wurden, befindet sich edil tokmar, auslandsreferent des asta. er wurde bei der erstürmung des studentenhauses jügelstraße durch polizeikräfte in seinem zimmer festgenommen.nachdem der anfängliche vorwurf des landfriedenbruches aufgrund der tatsachen in keinster weise aufrechterhalten werden konnte, stützt sich die justiz in ihren maßnahmen gegen ihn einzig auf ein vergehen des ausländergesetzes.

edil tokmar, 1941 in der türkei geboren, studiert in frankfurt rechtswissenschaften. nachdem er von der türkischen junta zum wehrdienst einberufen wurde, weigerte sich edil tokmar aus politischen gründen, in die armee einzurücken. seine aufenthaltsgenehmigung wurde daraufhin nicht verlängert, seit längerer zeit läuft ein asylverfahren. mehrere persönlichkeiten haben in der vergangenheit bereits dieses gesuch unterstützt, indem sie auch die tätigkeit edil tokmars als vorstandsmitglied der stiftung studentenhaus, des größten studentenheimträgers in frankfurt, würdigten.

dem asta erscheint die fortdauernde inhaftierung edil tokmars im untersuchungsgefängnis preungesheim als rechtswidrige maßnahme zur einschüchterung politisch tätiger ausländer und zur kriminalisierung von mitarbeitern des astaausschusses. wie der asta, so solidarisieren sich mit edil tokmar auch mehrere hundert bewohner frankfurter studentenheime und fordern die sofortige freilassung und die gewährung einer dauernden aufenthaltsgenehmigung für edil tokmar in der brd.

PRESSEERKLÄRUNG DES SPD - ORTSVEREINS WESTEND

[illegible] der räumung der häuser bockenheimer landstr./schumannstr., in der nacht zum donnerstag, ebenso wie bei den ereignissen im verlaufe des samstags wieder gezeigt, daß in dieser stadt generalstabsmäßig vorbereitete notstandsübungen durchgeführt werden.

[illegible] gegen die verabschiedung der notstandsgesetze politisch gekämpft, in vor-[illegible] folgen. man kann heute nur mit schrecken daran denken, welche reaktionen der staatsgewalt erfolgen können, wenn in dieser gesellschaft soziale konflikte stärker aufbrechen sollten.

in der wohnraumzerstörung zeigt sich ein sozialer konflikt von erheblichem ausmaß, der in dieser kapitalistischen gesellschaftsordnung nicht mehr zu lösen ist. eigentums- und boden-ordnung und die machtstrukturen, die daraus resultieren, führen dazu, daß der gesamte staatliche machtapparat eingesetzt wird, um eine entwicklung, die dem interesse der bevölkerung entspricht, zu verhindern. die zerstörung des ganzen stadtteils im interesse des kapitals wurde durch die durchsetzung des bubis-hochhauses unerträglich vorangetrieben.

die folgen im zusammenhang mit weiteren großprojekten sind absehbar; in ihren katastrophalen auswirkungen übersteigen sie jede vorstellungskraft: nicht einmal die technische infrastruktur (verkehr, energieversorgung, kanalisation, usw.) ist gegeben.

bei der zerstörung des wohn- und lebensraumes im westend und in der gesamten innenstadt, die auch auf andere stadtteile mehr und mehr übergreift, waren die sozialen und politischen folgen erkennbar. wir haben seit jahren darauf hingewiesen.

[illegible] dieser entwicklung entspricht es, wenn politische gruppen sich in der auswegslosigkeit dieser situation zu einer offensiven strategie entschließen.

es war klar - nach allem vorangegangenen - daß es zu einer explosion kommen mußte.

auf die ersten hausbesetzungen, die nach einschätzung der linken in der SPD eine sinnvolle politische aktion waren, wurde reformistisch reagiert.

die stadt frankfurt übernahm durch die wohnheim GmBH die besetzten häuser und versuchte, die konflikte dadurch zu vermindern. dieser versuch ist gescheitert. die wohnheim GmBH hat den spekulanten die schmutzarbeit der räumung abgenommen.

der häuserblock schumannstr./bockenheimer landstr. hat symbolwirkung bekommen, sowohl für die betroffenen bewohner, und ihre gruppen, für die wohnbevölkerung als auch für die vertreter der stadtgewalt.

wie schon bei der räumung des kettenhofweges sollte auch bei dieser räumungsaktion bewiesen werden, daß seitens der machtausübenden (verwaltung, magistrat, polizei, ministerien, banken, versicherungen und spekulanten) jedes aufbegehren unterdrückt werden kann.

die zwangsräumung des hauses kettenhofweg 51 hat dazu geführt, daß nun seit fast einem jahr anstelle eines hervorragenden wohnhauses sich eine wüstenei befindet.

in diesem ist dei wohnraumzerstörung im gesamten westend vorangetrieben worden : mehr als 50 leere, halbzerstörte, demolierte und verslumte häuser !

die durchführung der räumung des bubis - areals wurde mit militärischem einsatz der polizei abgesichert.

betroffen waren außer den hausbewohnern tausende von frankfurter bürgern, die durch die lahmlegung des gesamten verkehrs in ost - west- richtung nicht zu ihren arbeitsplätzen kamen.

der aufgebotene technische apparat und die hermetische abriegelung eines gesamten viertels mußte auf die sympathisanten der hausbewohner als ungeheure provokation wirken. eine verantwortungsbewußte polizeiführung mußte dies wissen !

die einzelausfälle gegen die frühmorgens versammelten zuschauer bewiesen eine totale unfähigkeit, verhältnismäßig zu reagieren.

die form des eingreifens am donnerstag nachmittag in der city deutete schon darauf hin, daß rechtsstaatlichkeit in dieser stadt außer kraft gesetzt werden würde. die wahllosen massenverhaftungen nach dem prinzip der gesichtskontrolle (bart oder nicht) hatten ein bisher unbekanntes ausmaß. nach dieser auseinandersetzung wäre es die aufgabe der polizeiführung gewesen, die zu erwartende konfrontation am samstag zu vermeiden.

die demonstration am samstag hatte einen weitgehend friedlichen verlauf. von der demonmonstrationsleitung wurde die einhaltung der friedlichkeit gefordert und durch selbstkontrolle innerhalb der demonstrationsmassen - über 6.000 menschen - weitgehend gewährleistet. es ist unverständlich, daß bei dieser lage vor dem abgerissenen häuserblock an der bockenheimer landstr. kampfmäßig ausgerüstete kampfgruppen und wasserwerfer stationiert waren, die bei dem sybolgehalt des trümmerhaufens eine auseinandersetzung provozieren mußten.

es ist davon auszugehen, daß die polizeiführung dies einkalkulierte. wenn nicht, so ist sie gänzlich unfähig.

die anschließende straßenschlacht fand darin ihre ursache. dies ist durch zeugen belegt.

das weitere vorgehen der poliaei, die blindwütige verfolgung durch die gesamte stadt bockenheim, unigelände, kettenhofweg usw. war eine treibjagd.

der einsatz in der innenstadt auf dem überfüllten faschingsrummelplatz wäre als absurd zu bezeichnen, wenn er nicht derart gemeingefährlich gewesen wäre.

es soll und darf hiermit nicht verwechselt werden, daß die von teilen der demonstranten angewandten mittel nicht zu rechtferitgen sind. gleichwohl trägt die verantwortung auch hierfür die führung der polizei.

mit entsetzen muß zur kenntnis genommen werden, daß der frankfurter polizeipräsident, knut müller, eine freigabe des schußwaffengebrauchs für die zukunft ankündigt.

es ist festzuhalten, daß von der aufrechterhaltung der rechtsstaatlichkeit nicht mehr geredet werden kann. der totaleinsatz gegen das studentenhaus und seine bewohner machten dies deutlich. dazu liegt ein teilprotokoll vor - ergänzend sei darauf hingewiesen, daß auch unter anderem ein zwölfjähriges kind (schwester einer hausbewohnerin) verhaftet und bis 22 uhr im polizeipräsidium festgehalten wurde ; ebenso wie eine über 50jährige mutter einer heimbewohnerin.

die verhaftung aller bewohner und aller im hause anwesenden personen, die verhinderung jeglichen rechtsschutzes, die hermetische abriegelung des ganzen viertels, der auch alle von augenzeugen alarmierten rechtsanwälte zum opfer fielen, der einsetzung von kampfgas in geschlossenen räumen, die durchsuchung aller räume ohne richterlichen durchsuchungsbefehl (4 stunden zeitdifferenz !) , die totale durchsuchung von mehr als 60 privatwohnungen, die ausschaltung der hausrechtsinhaber (geschäftsführer der stiftung studenhaus, grawe) , das aufbrechen des büros des student tenwerk - geschäftsführers (zuständig u.a. für die gesamte ausbildungsförderung) läßt den SPD- ortsverein westend daran zweifeln, in welchem staat die stadt frankfurt liegt. bislang waren derartige polizeieinsätze, aus spanien und griechenland vermeldet, in entsprechenden resolutionen der SPD verurteilt worden.

demokratie und rechtsstaat wurden uns bisher immer so dargestellt : "wenn es morgens an der türe schellt, kannst du sicher sein, daß es der milchmann ist ."

davon kann man in frankfurt jetzt nicht mehr ausgehen.

PRESSEERKLÄRUNG DER EVANGELISCHEN STUDENTENGEMEINDE FRANKFURT

die evangelische studentengemeinde ffm. ist betroffen und bestürzt über die eskalation der gewalt, die mit der räumung der häuser bockenheimer landstraße/schumannstraße und der abermaligen zerstörung von wohnraum im interesse eines spekulanten ausgelöst wurde. die entwicklung, die zu der jetzt eingetretenen situation führte, war angesichts der wohnungs -und bebauungspolitik der letzten jahre voraussehbar.

12 ooo registrierten wohnungssuchenden und noch mehr in unwürdigen verhältnissen lebenden ausländischen arbeitern stehen gegenüber: 7 ooo leerstehende, unbezahlbare luxuswohnungen und etwa 3o ooo qm leerstehende bürofläche.

die von der räumung betroffenen haben in einem saal des dietrich-bonhoeffer-hauses vorläufig eine notdürftige unterkunft gefunden. es kann nicht aufgabe einer christlichen gemeinde sein, die obdachlos gewordenen erneut zu vertreiben und auf die straße zu setzen.

vielmehr fordern wir die verantwortlichen stellen auf, den ehemaligen bewohnern der geräumten häuser umgehend geeigneten wohnraum zur verfügung zu stellen. dies müßte möglich sein mit einem geringen teil des materiellen aufwandes, mit dem das privatinteresse eines spekulanten durchgesetzt wurde.

gez. babara trittelvitz (cand.med.) karl-martin schönhals (studentenpfarrer)
dr. klaus ahlheim (studentenpfarrer)

BERICHT EINER FESTNAHME

am sonntag, den 24.2.74, ging ich am Palmengarten spazieren, um fotos von den faschingsfestivitäten und der konfrontation dieser festlichkeiten mit dem politischen geschehen in Frankfurt zu machen. in der hand hielt ich einen plastikbeutel; in ihm befand sich ein objektiv, filme und eine super-8-filmkamera.
ich überquerte die bockenheimer lstr. und ging in die beethovenstr. neben mir hielten zwei zivilkarren, aus denen sechs zivile heraussprangen, mir den beutel entrissen und mich brutal, beine breit, hände aufs dach des wagens, auf waffen oder was weiß ich zu untersuchen. dabei schrien sie mich unheimlich aggressiv an: "du schwein, wieder ein aktiönchen machen? wieder was los machen, du rote sau? was habt ihr denn heute geplant?" usw.
dann wurde ich in den wagen gestoßen und ins 13. polizeirevier gebracht (schloßstr.). auf der fahrt dorthin erzählten die bullen, was ich in der nächsten zeit erleben würde. "den kriegst du gleich zu schmecken", und deuteten auf einen halben meter langen holzknüppel. auf diese weise versuchten sie mich schon im voraus fertig zu machen. ich ließ mich weiter nicht einschüchtern und wartete nur ab, was passiert. aus einmal zogen sie steine aus meinem plastikbeutel und sagten:"was andres kanste auch nicht, als steine auf unsere kollegen schmeißen" dann zogen sie noch flugblätter aus der plastiktüte. mir war klar: daß sie keinen äußeren grund hatten mich festzunehmen, steckten sie mir ihre bereitliegenden steine und flugblätter zu, um mich so zu einem chaoten und militanten zu stempeln. damit sie ihre wut an mir auslassen konnten.
auf dem 13. polizeirevier führten sie mich in einen raum, wo ich mich ausziehen mußte nach dem ich brutal mit der stirn gegen die wand gedotzt wurde, wobei ich die beine breit von der wand abspreitzen mußte. mit dem kopf lehnte ich an der wand, die hände baumelten, ein bulle nahm mich an den haaren einen halben meter zurück, ließ den kopf los und ich schlug mit der stirn gegen die wand. dann schlugen sie zu viert auf mich ein, schläge mit der faust ins gesicht, in den magen, in den sack. dann zog ich mich auf ihren befehl hin aus, mußte mich mit dem rücken gegen die wand stellen, und bekam nun von einem prügel, bis ich mich auf dem boden wälzte, wobei ich hart mit dem kopf gegen eine kante gestoßen wurde. die nase blutete, die lippen waren aufgesprungen. nun machten sie noch ihre witzchen, um mich

psychisch noch weiter fertig zu machen. "wart mal, ich zeig dir mal , was ich gelernt habe!" usw. komischerweise ließen sie mich dann aber in ruhe. ich konnte meine sachen wieder zusammenpacken und mich wieder anziehen.
als sie mir meinen beutel zurückgaben, forderte ich sie auf die steine zu entfernen, die wären nicht vorher drin gewesen. vor einer halben stunde hätte ich dafür eine voll in die fresse bekommen, jetzt aber entfernten sie erstaunlicherweise die steine aus dem beutel. anscheinend war ihnen aufgegangen, daß es wohl beknackt aussehen müßte, wenn einer steine zu seinen foto- und filmapparaten dazuschmeißt. jedenfalls bekam ich alles wieder so ausgehändigt, wie ich es vorher gehabt hatte, und die sachen blieben bis zu meiner freilassung in meinen händen.
wir fuhren dann ins polizeipräsidium. während der fahrt wieder vorträge, daß wir jetzt die bevölkerung endgültig gegen uns hätten, außerdem meinten sie, "scheiße, und draußen ist fasching". im polizeipräsidium wurde ich erkennungsdienstlich behandelt. ich unterschrieb den bogen, auf dem meine personalien festgehalten wurden, mit dem zusatz "personalien und fingerabdrücke richtig".
ein protokoll bekam ich nicht vorgelegt. es wurde anscheinend ohne meine zustimmung angefertigt und ohne mich vorher überhaupt angehört zu haben. ich kam dann in eine zelle, wo noch ungefär 8 andere genossen saßen, die schon am samstag festgenommen waren. von ihnen erfuhr ich, daß wir 2 stunden nach dem faschingszug rauskämen. zusammen wurden wir dann in die Hammelsgasse verfrachtet, wo ich gegen 19 uhr entlassen wurde.
während der ganzen zeit wurde mir verweigert zu telefonieren.
es liegt vor:

1. freiheitsberaubung, da ich mich in denkbar friedlicher absicht in der stadt bewegte, um zu fotografieren
2. unterschiebung falschem beweismaterials, da die steine mit von den zivilbullen zugesteckt wurden, um ihr vorgehen zu legitimieren und ihre wut an mir abzulassen
3. körperverletzung, da ich von insgesamt 7 bullen verprügelt wurde
4. unrechtmäßige erkennungsdienstliche maßnahmen, das ergibt sich aus 2.

AUGENZEUGENBERICHT ZUM POLIZEIEINSATZ AUF DER BOCKENHEIMERLANDSTR. BEI DER DEMONSTRATION AM 23.2.74

... ich bin vor dem vw-bus des asta langgelaufen. wir kamen dann an die ruine und der bus hat da gedreht auf die seite des wasserwerfers um da die abschlußkundgebung zu halten. bis dahin sind schon vereinzelt steine geflogen, aber er (asta-vorsitzender krahwinkel) hat ja immer noch versucht das gradezubiegen und gesagt, sie sollen sich nicht provozieren lassen, aber da war nichts zu machen weil der wasserwerfer sich inzwischen betätigt hatte. die leute standen da auf der Bockenheimer und trauten sich jetzt nicht mehr vorbei und dazu sind dann auch steine geworfen worden, vereinzelt, die polizisten sind garnicht gefährdet worden, die standen ja hinter dem wasserwerfer, der fuhr dann so ein bißchen vor (auf die Bockenheimer) und hat dann angefangen zu spritzen und daß war dann auch wo der gruppenleiter, von der gruppe, die um den wasserwerfer rumstand mit dem schlagstock gegen die scheibe geschlagen hat und der sagte [illegible]he, wat haste da gemacht, jetzt ham we den mist, jetzt geht der schlammassel los. weil eben das war ja der auslösende moment, wo der anfing zu spritzen und alle anfingen rumzulaufen, einmal um nichts abzukriegen und dann haben sie sich Steine genommen und geworfen, da konnte der Krahwinkel rufen, sie sollen sich nicht provozieren lassen, da war nichts mehr zu machen. von außen war nicht erklärlich, warum der wasserwerfer gerade in diesem augenblick anfing zu spritzen. der polizist außen war offensichtlich nicht mit dem einsatz einverstanden.

PRESSEERKLÄRUNG DER GRUPPEN AKTIONSGEMEINSCHAFT WESTEND/AKTIONSGEMEINSCHAFT INNENSTADT/ARBEITSKREIS BOCKENHEIM / BÜRGERINITIATIVE BLEICHSTRAßE

zu den vorgängen bockenheimer landstr./ecke schumannstraße !

der abriß von wohnhäusern zum zwecke der errichtung von bürogebäuden erreichte am 21. febr. eine neue dimension : zur durchsetzung seiner privatinteressen kam einem bauherrn die polizei zu hilfe und riegelte einen teil des stadtviertels, eine hauptverkehrsader und eine der wichtigsten straßenbahnlinien einen ganzen tag lang ab. das gemeinwohl, dem die staatliche ordnungsmacht dienen soll, wurde ein opfer des privatinteresses.

nebenbei: die kosten für solch einen großen polizeieinsatz zur bewachungs einer abbruchbaustelle müssen enorm sein. hoffentlich werden sie dem bauherrn in rechnung gestellt.

wohnraumzerstörung:

bei erkenntnis der unsinnigkeit des geschehens überkommt den bürger ein gefühl des erschreckens und der ohnmacht : gut erhaltener und preiswerter wohnraum - in citynähe dringend benötigt - wird vernichtet. dafür soll büroraum in form eines massigen turmes (der die schumannstr. städtebaulich ruiniert) geschaffen werden, der nicht benötigt wird, da in frankfurt ohnehin 300.000 qm büroflächen leerstehen.

die stadt duldet und genehmigt das bauvorhaben, obwohl sie schon im jahre 1971 erkannt haben müßte, daß die ganze entwicklung im westend verhängnisvoll war. sie scheute sich aber für frühere fehler zu zahlen und brachte sich durch weitere auflagen und zusagen immer tiefer in in eine zwangslage. es wird ein fehler für viele jahrzehnte zementiert, statt daß er in der entstehungsphase bereinigt worden wäre. in grßßem maße wird an unseren städten raubbau getrieben nach dem gesetz der verantwortungslosen profitmaximierung.

hier hilft auch nicht als trostpflaster das argument, daß billiger ersatzwohnraum durch den bauherrn geschaffen werden soll. der "ersatz" erweist sich bei näherem hinsehen als milchmädchenrechnung : herr stieglitz wollte in der altkönigstr. 12 - 16 sechzig wohnungen bauen. hochtief beabsichtigte die grundstücke für denselben zweck von st. zu erwerben. herr bubis überbot die hochtief um 500.000 dm , bekam die grundstücke und wird nun sechzig wohnungen errichten, die auch ohne ihn an dieser stelle gebaut worden wären. gewonnen ist nur, daß herr bubis sich verpflichtet hat, die wohnungen zunächst zu mieten des sozialen wohnungsbaus zu vermieten.

rechtsstaat - instrument der ausbeutung ?

anscheinend ist der rechtsstaat herrn bubis völlig egal :

wo er seine interessen allein durchsetzen kann, wie im falle altkönigstr. 12, scheut er sich nicht, zur selbstjustiz zu greifen . wenn er aber dazu nicht in der lage ist, wie im falle bockenheimer landstr./ecke schumannstr. beruft er sich auf den rechtsstaat und holt die polizei zu hilfe. auch hier zeigt sich, daß das recht als instrument der ausbeutung mißbraucht und der vielzitierte rechtsstaat auch noch hierfür eingespannt wird. von der verwirklichung der sozialbindung des eigentums an grund und boden sind wir offenbar noch weit entfernt. das eigentumsrecht eines einzelnen - das hier wohnraumzerstörung zur folge hatte - wird mit unverhältnismäßig großen mitteln geschützt. es entspricht so nicht mehr dem gesellschaftlichen bewußtsein.

empörung bei der räumung und dem abbruch der häuser zeigte sich nicht nur bei den sympathisanten des häuserrates, sondern bei fast allen bevölkerungsgruppen. dem nächtlichen betrachter erschien der abriß der häuser fast wie eine öffentliche hinrichtung mit der entsprechenden polizeiabsperrung, wobei er sich des gefühls nicht erwehren könnte, daß ein unschuldiger hingerichtet wird.

verantwortlich : aktionsgruppe westend, frankfurt/m. , oberlindau 25
tel: 72 23 50

23. febr. 1974

PRESSEERKLÄRUNG

was sich am letzten wochenende in frankfurt abgespielt hat können wir nur noch als die form des brutalen faschismus bezeichnen, die sich von ähnlic hen vorgängen in griechenland oder chile allenfalls dadurch unterscheidet, daß es zu keinen morden gekommen ist.

frankfurt und der terror der staatsgewalt gegenüber demonstranten und unbeteiligten bürgern hat, so meinen wir, teilweise die intensität übelster übergriffe, wie wir sie eben aus griechenland oder chile kennen, erreicht,

wenn wie in frankfurt geschehene vorbeugehaft praktiziert wird, ein sozialdemokratischer oberbürgermeister nach dem bundesgrenzschutz rufen kann, dann fragen wir und, welche politischen motive ausschlaggebend dafür sind, daß auch die demokraten innerhalb der spd und fdp nicht mehr erkennen, daß sie mit ihrer politik der gewalt und unterdrückung genau diejenigen sind - und keine herbeigeredeten chaoten - die diese demokratie zerstören. der Zerstörungsprozess demokratischer rechte ist in frankfurt schon am weitesten fortgeschritten.

was ist am letzten Wochenende geschehen? vorbeugehaft für über 180 personen, die auf den straßen wahllos aufgegriffen wurden oder die im studentenwohnheim getagt hatten, bzw. dort wohnten. die meisten der verhafteten wurden ihrer festnahme, insbesondere aber auf den polizeirevieren und auf dem polizeipräsidium brutal mißhandelt.

verschiedene festgenommene mußten liegestütze vor den polizeibeamten machen. als sie nicht mehr konnten wurden sie niedergeknüppelt. jugendliche wurden ohnmächtig zusammengeschlagen. Ein anderer festgenommener mußte vor den polizeibeamten liegestütze machen, bis er total erschöpft zusammenbrach. danach hoben ihn die polizisten auf, und drückten ihm die gurgel zu und riefen ihm zu:"du gehst nicht mehr auf demonstrationen. ja? du gehst nicht mehr auf demonstrationen?" erst als der verhaftete mit "nein" antwortete, ließ man ihn aus dem würgegriff.

das aber sind alles keine einzelfälle!

wir sehen auch, daß es den verhafteten teilweise nicht ermöglicht wurde, einen rechtsanwlt zu rufen. diese methode steht im zusammenhang mit der verhaftung des juristen gerhard knöss, der schon bei der räumung der besetzten häuser als rechtsbeistand bei den hausbestzern anwesend war, trtzdem als krimineller abgeführt wurde.

unter diesen umständen scheint es notwendig zu sein, gegen diesen terror in frankfurt, den wir als zerstörung elementarster grundrechte erkennen, widerstand zu leisten.

wer von den vorgängen die sich bei den verhaftungen, in polizeirevieren und im polizeipräsidium abspielten, schweigt, macht sich mitschuldig, weil er zu der schweigenden masse derjenigen gehört, die aus angst vor konsequenzen den kampf gegen den faschismus in frankfurt nicht aufnimmt.

aus diesem grund hat sich in frankfurt ein ermittlungsausschuß gebildet, der die übergriffe von polizei auf demonstranten und unbeteiligte bürger sammelt und auswertet. wir fordern alle bürger frankfurts auf, sich mit ihren beobachtungen und erfahrungen an diesen ermittlumgsausschuß zu wenden.

gerhard Zwerenz — jürgen roth

Kontaktadressen:

gerhard zwerenz	jürgen roth
6031 Niederroden seestr. 28	6000 Frankfurt hermannstr. 2
tel. 06106/2008	tel. 59 49 68